

Gemeinsam gegen Abfälle

LITTERING Behörden und Wirtschaft wollen gemeinsam gegen Littering vorgehen. Unter der Leitung des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) fand am Dienstag der erste runde Tisch zum Thema statt. Zunächst sollen weitere Informationen gesammelt werden. Im Raum steht sodann eine vorgezogene Entsorgungsgebühr für Gratiszeitungen. Die betroffenen Branchen und die öffentliche Hand wollen die anstehenden Probleme so weit wie möglich in enger Zusammenarbeit angehen, teilte das Bafu mit. In verschiedenen Bereichen laufen schon Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen, welche vertieft und vervollständigt werden sollen.

An dem ersten runden Tisch nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, der Städte und Gemeinden, der Zeitungsverleger, des Detailhandels, der Fastfood-Anbieter, der Recyclingbranche sowie der Konsumentenorganisationen teil. Auch die Preisüberwachung war vertreten. Noch nicht vertreten war die Zigarettenindustrie, welche aber in Zukunft beteiligt sein soll, wie Stefan Schwager, Sektionsleiter Siedlungs- und Bauabfälle beim Bafu sagte.

Bei den Gesprächen sei man sich einig gewesen, dass Littering ein zunehmendes Problem sei. Einerseits wegen der stark gestiegenen Reinigungskosten, andererseits, weil zwischen Littering und anderen gesellschaftlichen Problemen wie Vandalismus oder beeinträchtigter Sicherheit im öffentlichen Raum eine Verbindung bestehe, schreibt das Bafu. Die Erfahrungen mit den bisherigen Massnahmen zeigten, dass dem Littering am besten mit einer Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft sowie einem Mix aus Sensibilisierung, Optimierung der Sammelinfrastruktur, Reinigen und Bussen beizukommen sei. (ap)